

Winterthur und Uster, 15. April 1996

KR-Nr. 104/1996

ANFRAGE von Christoph Schürch, (SP, Winterthur), und Crista Weisshaupt
Niedermann (SP, Uster)

betreffend Übernahme der Krankenkasse Krankenfürsorge Winterthur KFW durch
die Winterthur Versicherungen

Ende letzter Woche wurde bekannt, dass die Krankenkasse Krankenfürsorge Winterthur von den Winterthur Versicherungen übernommen werden soll. Krankenkassen dürfen bekanntlich von Gesetzes wegen keine Gewinne erarbeiten und werden von der öffentlichen Hand subventioniert. (Subventionen heute 13,4% der Gesamteinnahmen, Experten erwarten im Jahr 2005 immer noch ca. 10%). Andererseits sind Privatversicherungen gewinnorientierte Unternehmen. Die KFW geht ohne jegliche finanzielle Entschädigung an die Winterthur.

Es stellen sich diesbezüglich folgende Fragen. Ich bitte die Regierung diese zu beantworten.

1. Welches Interesse hat der Kanton Zürich, welche Vor- und Nachteile für den Staat sieht der Regierungsrat an einer solchen Mammuthochzeit?
2. Welche Vor- und Nachteile erwachsen den KFW-Versicherten aus dieser Uebernahme?
3. Wie ist garantiert, dass nicht öffentliche Subventionen (Bund, Kanton und Gemeinden) in Kanäle der Privatassekuranz fließen?
4. Wie stellt sich die Regierung zur Tatsache, dass das Vermögen und die Rückstellungen welche durch die KFW-Mitglieder gebildet wurden einfach so entschädigungslos an private Aktionäre übergehen?
5. Die KFW ist ein Verein. Im ZGB steht: "Eine Umwandlung des Vereinszweckes kann keinem Mitglied aufgenötigt werden". Uns ist nicht bekannt, dass die KFW-Mitglieder vor den Übernahmeverhandlungen konsultiert wurden. Wie stellt sich die Regierung zu diesem Sachverhalt?

Christoph Schürch
Crista Weisshaupt Niedermann